Raimund Geene, Michael Reese

Handbuch Präventionsgesetz

Neuregelungen der Gesundheitsförderung



Handbuch Präventionsgesetz

Das Handbuch wurde erstellt in Kooperation von

KinderStärken e. V. Hochschule Magdeburg-Stendal Kompetenzzentrum Frühe Bildung Gesundheit Berlin-Brandenburg

Für die Förderung gilt herzlicher Dank der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit Gesundheit Berlin-Brandenburg Hochschule Magdeburg-Stendal Kompetenzzentrum Frühe Bildung

Die Autoren

Raimund Geene ist Professor für Kindergesundheit an der Hochschule Magdeburg-Stendal, Fachbereich Angewandte Humanwissenschaften, Studiengang Angewandte Kindheitswissenschaften. Zuvor (1998-2005) war er Geschäftsführer von Gesundheit Berlin e.V. Er ist Mitinitiator der Bundeskongresse "Armut und Gesundheit" und des Kooperationsverbundes "Gesundheitliche Chancengleichheit", seit 1998 beratend an allen Anläufen für ein Präventionsgesetz beteiligt, u.a. für die Fraktionen sowie als Einzelsachverständiger der Anhörungen.

Michael Reese, Master of Public Health, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei KinderStärken e.V., einem An-Institut der Hochschule Magdeburg-Stendal. Zuvor war er 5 Jahre im Deutschen Bundestag als wissenschaftlicher Mitarbeiter überwiegend im Gesundheitsausschuss tätig.

Raimund Geene, Michael Reese

Handbuch Präventionsgesetz

Neuregelungen der Gesundheitsförderung

Mabuse-Verlag Frankfurt am Main



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

Informationen zu unserem gesamten Programm, unseren AutorInnen und zum Verlag finden Sie unter: www.mabuse-verlag.de.

Wenn Sie unseren Newsletter zu aktuellen Neuerscheinungen und anderen Neuigkeiten abonnieren möchten, schicken Sie einfach eine E-Mail mit dem Vermerk "Newsletter" an: online@mabuse-verlag.de.

© 2016 Mabuse-Verlag GmbH Kasseler Str. 1 a 60486 Frankfurt am Main

Tel.: 069 – 70 79 96-13 Fax: 069 – 70 41 52 verlag@mabuse-verlag.de www.mabuse-verlag.de

Lektorat: Melanie Lubke, Leipzig

Umschlaggestaltung: Marion Ullrich, Frankfurt am Main Umschlagabbildung: © Izabela Habur/istockphoto.com

Ei	nführu	ung	13
Τe	eil 1: Ü	Überblick und Einordnungen zum Präventionsgesetz	21
1	Ents	stehungsgeschichte	23
	1.1	Internationale Prozesse	
	1.2	Deutschland bis 1998: Erste Annäherungen an Gesundheitsförderung und	
	1.2	Prävention	
	1.3		
	1.3	Die 14. Wahlperiode: Anpassung des § 20 und Einführung des "Leitfade Prävention"	
	1 4		
	1.4	Die 15. Wahlperiode: Erster Aufschlag für ein Präventionsgesetz	
	1.5	Die 16. Wahlperiode: Stärkung betrieblicher Gesundheitsförderung (§ 20	
	1.6	Die 17. Wahlperiode: Zweiter Aufschlag für ein Präventionsgesetz	
	1.7	Das Präventionsgesetz in der 18. Wahlperiode (ab 2013)	33
2	Der	Inhalt des Präventionsgesetzes	35
	2.1	Definitionen und Leitbegriffe	
	2.1	2.1.1 Eigenverantwortung und Eigenkompetenz	
		2.1.2 Legaldefinitionen	
	2.2	Soziallagen- und Geschlechtsorientierung	
	2.2	2.2.1 Geschlechtsbezogene Ungleichheiten	
		2.2.2 Soziallagenorientierung	
	2.3	Drei Leistungsbereiche der Prävention	
		2.3.1 Verhaltensbezogene Prävention	
		2.3.2 Gesundheitsförderung in nicht-betrieblichen Lebenswelten	
		2.3.3 Betriebliche Gesundheitsförderung	
	2.4	Einheitliche Handlungsfelder und Kriterien	40
		2.4.1 Handlungsfelder und Kriterien der GKV	
		2.4.2 Bundeseinheitliche Rahmenempfehlungen	
		2.4.3 Landesrahmenvereinbarungen	41
	2.5	Ausgaben für Gesundheitsförderung und Prävention	41
		2.5.1 Ausgaben für Maßnahmen in Lebenswelten	42
		2.5.2 Ausgaben für betriebliche Gesundheitsförderung	
		2.5.3 Ausgaben für verhaltensbezogene Präventionsleistungen	
	2.6	Strukturbildung und Gremien	43
		2.6.1 Nationale Präventionskonferenz	
		2.6.2 Präventionsforum	
		2.6.3 Neue Rolle der BZgA	
		 2.6.4 Landesarbeitsgemeinschaften für Rahmenvereinbarungen 2.6.5 Arbeitsgemeinschaften für Koordinierungsstellen 	
		2.6.5 Arbeitsgemeinschaften für Koordinierungsstellen2.6.6 Arbeitsgemeinschaften für betriebliche Gesundheitsförderung	
	2.7		
	۷.1	Neue Prozesse	
		2.7.1 Ivationale i favondolissualegie	····· +0

		2.7.2	Präventionsbericht	16
	2.8		ät	
	2.9	`	inische und nichtmedizinische Prävention	
	2.9	2.9.1	Gesundheitsuntersuchungen für Erwachsene	
		2.9.1	Gesundheitsuntersuchungen für Kinder und Jugendliche	
		2.9.3	Präventionsempfehlungen	
		2.9.4	Schutzimpfungen	
		2.9.5	Bonus-Regelungen	
	2.10	0 Einbez	ziehung weiterer Sozialversicherungsträger	49
		2.10.1	Bundesagentur für Arbeit, Träger der Grundsicherung für	
			Arbeitssuchende	49
		2.10.2	DRV und Unfallversicherung	49
		2.10.3	Pflege	
			Kinder- und Jugendhilfe	
	2.1		zende Regelungen im PrävG	
		2.11.1	Hebammenhilfe	
		2.11.2	Selbsthilfe	
		2.11.3		
		2.11.4	Änderungen zur Pflegeweiterentwicklung	51
3	Sch	nittstelle	n, Schlüsselfaktoren und Stolpersteine	52
	3.1	Schnit	tstellen	52
		3.1.1	Schnittstellen SGB V und SGB XI	53
		3.1.2	Schnittstelle SGB V und SGB VI	54
		3.1.3	Schnittstelle SGB V, SGB VII und Arbeitgeber	
		3.1.4	Schnittstelle SGB V und SGB VIII	
	3.2	Schlüs	selfaktoren	57
		3.2.1	Zusammenarbeit der Krankenkassen	
		3.2.2	Erhöhung der Ausgaben für Gesundheitsförderung und Prävention	
		3.2.3	Verlagerung von Regelungen ins SGB V	
	3.3	Stolpe	rsteine	
		3.3.1	Gesundheitsförderung und Prävention wirken langsam	
		3.3.2	Wettbewerb der Kassen	
		3.3.3	Gesundheitssystem ist bislang überwiegend Krankheitssystem	
		3.3.4	Gesundheitsförderung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe	61
Te	il 2:	Änderur	ngen des SGB V durch das Präventionsgesetz	63
§ 1			ät und Eigenverantwortung	
§ 2			htsspezifische Besonderheiten	
§ 1	1	Leistung	sarten	69
§ 2	0.	Primäre 1	Prävention und Gesundheitsförderung	70
		Absatz 1	Grundlegendes	70
			Satz 1 Legaldefinitionen und Satzungsleistungen	70
			Satz 2 Geschlechtsbezogene Ungleichheit und Soziallagenbezug	77

		Satz 3	Grundlagen für die Satzungsleistungen	79	
	Absatz 2	Qualität	sanforderungen	80	
			(erster Teil) Einheitliche Handlungsfelder und unabhängiger Sachverstand		
		Satz 1	(zweiter Teil) Erweiterter Kriterienkatalog		
			Zertifizierungsverfahren für verhaltensbezogene Prävention		
			Veröffentlichung im Internet		
	Absatz 3		sichtigung gesundheitsrelevanter Ziele		
			Nationale Gesundheitsziele		
		Satz 5	Berücksichtigung der Arbeitsschutzziele	93	
	Absatz 5	Leistung	gen zur verhaltensbezogenen Prävention	97	
		Satz 1	Zertifizierung durch Dritte		
		Satz 2	Berücksichtigung der Präventionsempfehlung	98	
		Satz 3-4	Umgang mit personenbezogenen Daten		
		Satz 5	Aufgabenübertragung an Dritte		
		Satz 6	Wohnortferne Leistungen	104	
	Absatz 6	Ausgab	en für Gesundheitsförderung und Prävention		
		Satz 1	Steigerung der Gesamtausgaben.	105	
		Satz 2	Ausgaben für lebensweltliche und betriebliche		
		~ .	Gesundheitsförderung		
		Satz 4	Ausgabenanpassungen	108	
§ 20a	Leistungen zur Gesundheitsförderung und Prävention in Lebenswelten 1				
	Absatz 1	Pflichte	n der Krankenkassen	109	
		Satz 1	Definition Lebenswelt	109	
		Satz 2	Aufbau und Stärkung gesundheitsförderlicher Strukturen	113	
		Satz 3	Die Durchführung von Gesundheitsförderung in Lebenswelten		
		Satz 4	Zusammenarbeit der Kassen in Lebenswelten	117	
		Satz 5	Berufliche Eingliederung bei gesundheitlichen	440	
			Einschränkungen		
	Absatz 2		essene Eigenbeteiligung		
	Absatz 3		zentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)		
			Inhalt der Beauftragung der BZgA		
			Pauschale Vergütung		
		Satz 6	Kooperationspartner		
			Rechenschaftspflichten		
	Absatz 4	-	pitzenverband und BZgA		
			Vereinbarung		
		Satz 3	Aufbringung der Mittel zur Finanzierung der BZgA		
		Satz 4	Auftragsverhältnis GKV-Spitzenverband und BZgA	132	
§ 20b	Betriebliche	e Gesund	heitsförderung	133	
	Absatz 1 Pflichten der Krankenkassen		n der Krankenkassen	133	
		Satz 1	Stärkung gesundheitsförderlicher Strukturen	133	
		Satz 2	Zertifizierung von verhaltensbezogenen Maßnahmen		
		Satz 3	Beteiligung von Betriebsmedizin und Arbeitssicherheit	135	

	Absatz 2	Zusammenarbeit der Krankenkassen Satz 1-2 Ergänzung der Landesbehörden für Arbeitsschutz	
	Absatz 3	Regionale Koordinierungsstellen	
	Ausaiz 3	Satz 1-3 Beratung, Unterstützung und Beteiligung	
		Satz 4-5 Kooperationen und Arbeitsgemeinschaften	
	Absatz 4	Nicht verausgabte Mittel	
§ 20c	Prävention	n arbeitsbedingter Gesundheitsgefahren	143
Ü	Absatz 1	Betriebliche Gesundheitsförderung und Unfallversicherung	
	1105462 1	Satz 1-3 Abstimmung zu Leistungen nach § 20b	
	Absatz 2	Zusammenarbeit mit den Krankenkassen	
	11000002	Satz 1-3 Ergänzung der Landesbehörden für Arbeitsschutz	
§ 20d	Nationale	Präventionsstrategie	146
	Absatz 1	Sozialversicherungsträger entwickeln Präventionsstrategie	146
	Absatz 2	Die zwei Säulen der Präventionsstrategie	148
	Absatz 3	Bundeseinheitliche Rahmenempfehlungen	149
		Satz 1 Fristsetzung	149
		Satz 2 Arbeitsschutzziele und Impfempfehlungen	
		Satz 3-4 Im Benehmen mit Bund und Land	
		Satz 5 Weitere Beteiligungen	
	Absatz 4	Der Präventionsbericht	
		Satz 1-2 Periodische Erstellung.	
		Satz 3 Zweck des Präventionsberichts	
		Satz 5 Auskünfte der Leistungsträger	
		Satz 6-7 Auskünfte durch RKI und Länder	
§ 20e	Nationale	Präventionskonferenz	161
	Absatz 1	Ausgestaltung der Präventionskonferenz	161
		Satz 1-2 Arbeitsgemeinschaft der Sozialversicherungsträger	
		Satz 3-5 Beteiligung der PKV an der Präventionskonferenz	162
		Satz 6-7 Beratende Sitze in der Präventionskonferenz	
		Satz 8-10 Geschäftsordnung und Geschäftsstelle	
	Absatz 2	Das Präventionsforum	169
§ 20f	Landesrah	menvereinbarungen	
	Absatz 1	Beteiligte und Leistungsabgrenzung	
		Satz 1 Vertragspartner	
		Satz 2 Vermeidung zusätzlicher Leistungsverpflichtungen	
	Absatz 2	Weitere Beteiligte und Vereinbarungsinhalt	
		Satz 1 Mindestbestandteile der Rahmenvereinbarungen	
		Satz 2 Weitere Beteiligte an den Rahmenvereinbarungen	
§ 20g		haben	
	Absatz 1	Beteiligte und Ziele der Modellvorhaben	179

	Absatz 2	Befristung und Evaluation	182		
§ 20h	Förderung der Selbsthilfe				
	Absatz 3	Mittelerhöhung für die Selbsthilfe			
§ 20i	Primäre Prävention durch Schutzimpfungen.				
	Absatz 1	Impfansprüche	184		
		Satz 5 (alt) Rechtsbereinigung			
		Satz 6 Bereitstellung von Impfausweisen			
	Absatz 2	Rechtsbereinigung			
	Absatz 3	Vereinfachte Sachkostenabrechnung für den ÖGD	187		
§ 23	Medizinisc	he Vorsorgeleistungen	188		
	Absatz 2	Kuren wegen beruflicher und familiäret Umstände	188		
	Absatz 5	Art, Dauer und Umfang der Leistungen			
		Satz 1 Wunsch- und Wahlrecht	189		
§ 24d	Ärztliche B	Setreuung und Hebammenhilfe	191		
		Satz 1-2 Wochenbettbetreuung durch Hebammen	191		
		Satz 3-4 Hinweise auf regionale Unterstützung	193		
§ 25	Gesundheit	suntersuchungen	196		
	Absatz 1	Bedarfsgerechte, präventive Ausrichtung und			
		Präventionsempfehlungen	196		
		Satz 1 Zielgruppengerechte und präventive Ausrichtung der			
		Gesundheitsuntersuchungen			
		Satz 2 Medizinisch angezeigte Präventionsempfehlung			
		Satz 3 Präventionsempfehlung als ärztliche Bescheinigung			
	Absatz 3	Voraussetzungen für Untersuchungen und Erprobungen			
	Ausaiz 3	Satz 1-2 Ausweitung auf Risiken und Belastungen			
		Satz 3-4 Richtlinie zur Erprobung möglich			
	Absatz 4	Fristen zur Ausgestaltung durch den G-BA	212		
§ 26	Gesundheit	suntersuchungen für Kinder und Jugendliche	216		
O	Absatz 1	Bedarfsgerechte, präventive Ausrichtung und			
		Präventionsempfehlungen	216		
		Satz 1-2 Zielgruppengerechte und präventive Ausgestaltung der			
		Gesundheitsuntersuchungen			
		Satz 3 Medizinisch angezeigte Präventionsempfehlung			
		Satz 4 Präventionsempfehlung als ärztliche Bescheinigung	223		
		Satz 5-6 Altersbegrenzung bei Früherkennungsuntersuchungen zur Mundgesundheit	223		
	Absatz 2	Der G-BA bestimmt das Nähere			
	Ausaiz 2	Satz 1-3 Untersuchungen, Altersgrenzen und Häufigkeit			
		Satz 4 Frist zur Ausgestaltung der Präventionsempfehlung			
		Satz 5 Früherkennung frühkindlicher Karies	228		

§ 65a	Bonus für g	esundheitsbewusstes Verhalten	229
	Absatz 1	Erweiterung der Bonusansprüche	229
	Absatz 2	Bonus bei betrieblicher Gesundheitsförderung Soll-Leistung	231
§ 91	Gemeinsam	er Bundesausschuss	232
	Absatz 2	Das Beschlussgremium	232
		Satz 2 Verlängerte Frist für Vorschlag für Unparteiische	232
		Satz 12 Vorsitzender stellt Fristen sicher	
		Satz 16-17 (alt) Amtszeitenbegrenzung aufgehoben	
	Absatz 7	Beschlussfassung	
		Satz 2-3 Beschlussvorlagen durch Unparteiische	235
§ 132e	Versorgung	mit Schutzimpfungen	237
	Absatz 1	Verträge mit den Krankenkassen	237
		Satz 1-2 Betriebsärzte und Arbeitsmediziner	237
§ 132f	Versorgung	durch Betriebsärzte	238
§ 140f	Beteiligung	von Interessenvertretungen der Patientinnen und Patienten	240
	Absatz 2	Beteiligung an der Nationalen Präventionskonferenz	240
Teil 3:	Änderunge	en weiterer Gesetze	243
		che Rentenversicherung	
§ 31	_	sistungen SGB VI	
	Absatz 2	Leistungsvoraussetzungen	
		Satz 3 Mitwirkung nach §§ 20d bis 20f	245
SGB V		iche Unfallversicherung	
§ 14	$Grund satz\ .$		247
	Absatz 3	Teilnahme der Unfallversicherung an der Nationalen	
		Präventionsstrategie	247
SGB V	III – Kinder	- und Jugendhilfe	248
§ 16	Allgemeine	Förderung der Erziehung in der Familie	248
0	Absatz 2	Gesundheitskompetenz von Familien stärken	
§ 45	Erlaubnis fü	ir den Betrieb einer Einrichtung	250
U	Absatz 2	Gesundheitsförderliches Lebensumfeld	
SGB X	I – Soziale I	Pflegeversicherung	252
§ 5	Prävention	in Pflegeeinrichtungen, Vorrang von Prävention und	
3 5		ner Rehabilitation	252
	Absatz 1	Prävention in stationären Pflegeeinrichtungen	252
	Absatz 2	Mindestausgabenwert für Prävention	
	Absatz 3	Zusammenarbeit und Mittelverwendung	

		Satz 1 Kassenübergreifende Leistungen	256
		Satz 2 Nichtverausgabte Mittel für Prävention	256
		Satz 3 Arbeitsgemeinschaften zur Kooperation	257
	Absatz 4	Vermeidung von Pflegebedürftigkeit	
		Satz 1 Wirkung auf andere Leistungsträger	
	Absatz 5	Beteiligung an §§ 20d bis 20f	259
	Absatz 6	Umnummerierung	259
§ 10	Pflegeberic	cht der Bundesregierung	260
§ 17a	Vorbereitu	ng der Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs (neu)	261
§ 18	Verfahren 2	zur Feststellung der Pflegebedürftigkeit	267
	Absatz 1	Untersuchung des Antragstellers	267
		Satz 4 Präventionsberatung	267
	Absatz 6	Übermittlung der Gutachten	269
		Satz 3 Präventionsempfehlung	269
§ 18a	Weiterleitu	ing der Rehabilitationsempfehlung, Berichtspflichten	271
	Absatz 1	Information des Antragstellers	271
		Satz 1 Stellungnahme der Pflegekasse zur Präventionsempfehlung.	271
§ 45	Pflegekurse	e für Angehörige und ehrenamtliche Pflegepersonen	272
	Absatz 1	Zweck der Pflegekurse	272
		Satz 1 Prävention für Pflegende	272
§ 113a	Expertensta	andards zur Qualität in der Pflege	273
	Absatz 1	Beteiligte und Zielsetzung	273
		Satz 3 Berücksichtigung von Prävention und Rehabilitation	273
IfSG –	Infektionss	chutzgesetz	275
§ 22	Impfauswe	1S	275
	Absatz 3	Weitere Ausgestaltung	275
		Satz 2 Feld für Auffrischungstermin	
§ 23a	Personenbe	ezogene Daten von Beschäftigten	276
§ 28	Schutzmaß	nahmen	278
v	Absatz 2-3	Ausweitung auf Ansteckungsgefährdete	278
§ 34		tliche Anforderungen, Mitwirkungspflichten, Aufgaben des	
		tsamtes	
	Absatz 10a	Impfberatung vor Kitaaufnahme	280
§ 73	Bußgeldvo	rschriften	285
	Absatz 1	Ordnungswidrige Handlungen	285
		Satz 1 Verstöße gegen §§ 28 und 34	285
	Absatz 2	Ahndung	
		Satz 1 Geldbuße bis 2500 Euro	286

§ 37	Inhalt und Durchführung der ärztlichen Untersuchungen	287
	Absatz 2-3 Überprüfung des Impfschutzes	287
§ 39	Mitteilung, Bescheinigung	288
	Absatz 1 Information des Personensorgeberechtigten	288
	Satz 1 Bescheinigung über Impfmaßnahmen	288
Teil 4	l: Anhang	289
Besch	nluss des Rechnungsprüfungsausschusses	291
Lande	esrahmenvereinbarung für den Freistaat Sachsen	295
Bunde	esrahmenempfehlungen der Nationalen Präventionskonferenz	302
Litera	nturverzeichnis	325
Abbil	dungsverzeichnis	340
Tabell	lenverzeichnis	340
Abküı	rzungsverzeichnis	341
Stichy	wortverzeichnis	345

Am 25. Juli 2015 zu großen Teilen und vollumfänglich zum 1. Januar 2016 ist das Gesetz zur Gesundheitsförderung und Prävention – kurz Präventionsgesetz (PrävG) – in Kraft getreten. Es war der inzwischen vierte Anlauf zu einem entsprechenden Gesetz, das sogar schon zweimal vom Bundestag verabschiedet, jedoch jeweils vom Bundesrat in den Vermittlungsausschuss überwiesen wurde und dort scheiterte.

Das vorliegende Handbuch bietet eine gesundheitswissenschaftliche Analyse des Präventionsgesetzes. Dabei sind v. a. die Gesetzesänderungen relevant, die sich mit Gesundheitsförderung und Prävention befassen.

Zielsetzung

Das Handbuch zielt darauf ab, die gesetzlichen Änderungen durch das Präventionsgesetz und mögliche Auswirkungen für die Praxis aufzuzeigen. Nach einem kurzen Überblick über die wichtigsten Änderungen und die Entstehungsgeschichte des Gesetzes folgt eine tiefergehende Analyse jeder einzelnen Gesetzesänderung. Durch die gesundheitswissenschaftliche Analyse werden die Intentionen des Gesetzes verdeutlicht. Dabei widmet sich das Handbuch auch den Bereichen des Gesetzes, die noch ausgestaltet werden bzw. die sich in der Praxis entwickeln müssen. Das erlaubt eine Auseinandersetzung mit möglichen Wirkungen und Hemmnissen.

Vorgehensweise

Die Erstellung dieses Handbuchs erfolgte durch ein transparentes wissenschaftliches Vorgehen, das nachfolgend beschrieben wird.

Erstellung einer Gesetzessynopse

Um zu erfassen, welche Änderungen exakt stattgefunden haben, wurde zunächst eine Gesetzessynopse erstellt. Hierzu wurden die neuen Gesetzespassagen den bisherigen gegenübergestellt und die Änderungen durch Textformatierungen verdeutlicht. Weiterhin wurden die Gesetzesbegründungen aus dem Gesetzentwurf und der Beschlussempfehlung des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestags hinzugefügt.

Um die Neuregelungen erfassbar und diskutierbar zu machen, wurden die Gesetzespassagen in sinnvolle Abschnitte untergliedert und mit Überschriften versehen. Diese ganze Synopse ist in Teil 2 und 3 zugänglich.

Historische Einordnung

Zum besseren Verständnis eines gegenwärtigen Zustands und zur weiteren Gestaltung ist es sinnvoll, den zuvor zurückgelegten Weg zu verfolgen und zu betrachten. Das Handbuch fokussiert dabei v. a. auf den Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Bedeutende Änderungen und Diskussionen fanden u. a. auch im Arbeitsschutz, Umweltschutz, Ernährungsund Verbraucherschutz sowie im Bereich der Renten- und Unfallversicherung statt.

Diese Betrachtungen münden zum einen in einen historischen Überblick zu Beginn des Buches. Hier wird chronologisch im Schnelldurchgang der Weg dargestellt, der schließlich zu einem Präventionsgesetz führte. Zum anderen fließt die historische Betrachtung in einen Abschnitt ein, der im zweiten Teil unter der Überschrift "Herkunft" zu jeder einzelnen Gesetzesänderung zu finden ist. Die Gesetzesänderungen werden hier jeweils in ihrer fachlichen und parlamentarischen Entstehung nachgezeichnet. Einbezogen in dieses Vorgehen wurden die Gesetzentwürfe von 2005 und 2013, der Referentenentwurf, der Gesetzentwurf und die Beschlussempfehlung zum jetzigen Präventionsgesetz sowie präventionsbezogene Gutachten des Sachverständigenrates (SVR) zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen beim Bundesminister für Gesundheit. Dieses Vorgehen berücksichtigt, dass Gesetze nicht nur Folge allgemein anerkannter Notwendigkeiten sind, sondern auch durch politische Aushandlungsprozesse bestimmt werden. Erwähnenswerte Veränderungen des Gesetzes im Gesetzgebungsprozess werden ebenso in den jeweiligen Erläuterungen dargestellt.

Rechtlicher Kontext

Ein Teil des rechtswissenschaftlichen Prozesses mündet in der bereits oben angezeigten Synopse im zweiten und dritten Teil des Buches. Darüber hinaus werden unter "Erläuterung" alle Gesetzesänderungen im Einzelnen analysiert. Um diesen Beitrag zur Auslegung der Änderungen zu leisten, wurde v. a. auf die Gesetzesbegründungen, die Stellungnahmen der öffentlichen Anhörung, die Einlassungen des Bundesrates inkl. der Widerrede der Bundesregierung, andere Gesetze und bereits vorhandene Gesetzeskommentare zu früheren Fassungen der Gesetzesabschnitte zurückgegriffen.

Gesundheitswissenschaftlicher Kontext

Schwerpunkt des Handbuchs liegt in der gesundheitswissenschaftlichen Analyse, in der die internationale und nationale Forschung zu Gesundheitsförderung inkl. den entsprechenden Ausarbeitungen des Sachverständigenrates zur Beurteilung der Entwicklung im Gesundheitswesen im Themenbereich der Gesundheitsförderung und Prävention ausgewertet und zu den Neuregelungen des Präventionsgesetzes in Bezug gesetzt wird.

Aufbau und Verwendungshinweise

Zum Aufbau des Buches und zur möglichen Nutzung und Verwendung folgen nachstehend Hinweise und ein erster systematischer Überblick.

Teil 1 – Überblick und Einordnungen

Teil 1 gibt einen Überblick zur Entstehung, wesentlichen Änderungen und Besonderheiten des Präventionsgesetzes. Er besteht aus drei Abschnitten und vermittelt die Grundzüge des Gesetzes.

Am Anfang steht der historische Abriss mit der erweiterten Entstehungsgeschichte des Präventionsgesetzes. Der zurückgelegte Weg lässt sich grob in vier Abschnitte gliedern. Die erste Phase ist die Zeit vor der intensiven Diskussion um die Notwendigkeit von Gesundheitsförderung und Prävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Diese Phase reicht etwa bis in die Zeit der Ottawa-Charta 1986. Darauf folgt eine gesellschaftliche und politische Debatte um dieses Thema mit ersten Veränderungen in der GKV. Diese reicht bis in die Jahrtausendwende. Es folgt die Zeit der konkreten Gesetzentwürfe, die nicht zu einem Präventionsgesetz geführt haben. Und letztlich wurde auch in der 18. Wahlperiode ein Weg zurückgelegt, um das Gesetz zu verabschieden. Dieser wird durch einen tabellarischen Überblick dargestellt, erwähnenswerte Veränderungen im Verlaufe des Gesetzgebungsprozesses werden in Teil 2 und 3 bei den entsprechenden Gesetzesabschnitten aufgezeigt.

Es folgt ein Überblick über den Inhalt des Präventionsgesetzes. In diesem Abschnitt wird auf allgemeine Orientierung gesetzt und auf Quellenhinweise zu Gesetzesdokumenten verzichtet, um einen schnellen, guten Überblick über das Präventionsgesetz zu geben.

Der Abschnitt "Schnittstellen, Schlüsselfaktoren und Stolpersteine" vermittelt ein vertieftes Verständnis des Gesetzes. Dazu werden die Leistungsgrenzen zu anderen Gesetzesnormen betrachtet und Schlüsselfaktoren iden-

tifiziert, denen eine besondere Bedeutung im Gesetz zukommt sowie solche, die einer erfolgreichen Umsetzung des Gesetzes entgegenstehen können.

Teil 2 – Änderungen des SGB V durch das Präventionsgesetz

Die maßgeblichen Neuregelungen des Präventionsgesetzes betreffen das SGB V und damit die gesetzliche Krankenversicherung (GKV). Nicht alle Änderungen durch das Präventionsgesetz im SGB V betreffen unmittelbar Gesundheitsförderung und Prävention. So wurden mit dem Präventionsgesetz auch Neuregelungen bezüglich des Vorsitzes des Gemeinsamen Bundesauschusses (G-BA) verabschiedet, die im Handbuch nur kurz erläutert werden.

In Teil 2 werden die Änderungen des SGB V paragraphen-, absatz- und satzweise dargestellt. Die Abschnitte wurden so gewählt, dass sinnvolle Einheiten entstanden sind. Dabei wurden die Abschnitte so klein gestaltet, dass darin nur jeweils eine sinnzusammenhängende Änderung aufgeführt wird. Jeder Abschnitt erhält eine Überschrift, die seinen Inhalt abbildet. Behandelt ein Abschnitt zwei oder mehr unterschiedliche Themen, beschränkt sich die Überschrift auf einen zentralen Inhalt.

Zunächst wird in jedem Abschnitt der neue Gesetzestext aufgeführt und diesem der bisherige Wortlaut gegenübergestellt, sofern Streichungen vorgenommen wurden. "Alt" bezeichnet hier den Gesetzestext vor dem Präventionsgesetz und "Neu" den geänderten Text durch das Gesetz. Wenn im bisherigen Gesetzestext keine Streichungen stattgefunden haben, werden lediglich die Ergänzungen oder neuen Gesetzesabschnitte unter "Neu" aufgeführt. Neue Gesetzespassagen werden unter "Neu" fettgedruckt dargestellt. Streichungen im bis dahin gültigen Gesetzestext sind unter "Alt" fett und durchgestrichen formatiert. Ziel ist es, einen Vorher-Nachher-Vergleich zu ermöglichen.

Darauf folgt die Gesetzesbegründung aus dem Gesetzentwurf der Bundesregierung¹. Die Abschnitte der Gesetzesbegründungen sind jeweils den entsprechenden behandelten Abschnitten der Gesetzesänderung zugeordnet und grau hinterlegt. Behandelt der Abschnitt nur Änderungen aus § 20 Absatz 2 Satz 2, folgen auch nur die Gesetzesbegründungen zu diesem Satz 2 aus Absatz 2. Nach der Gesetzesbegründung des Gesetzentwurfs folgt die

_

¹ Bundestag-Drucksache 18/4282 (2015)

Begründung aus der Beschlussempfehlung². Die Beschlussempfehlung entstammt dem Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestags im Nachgang der öffentlichen Anhörung in 14. Sitzung. Die Relevanz von Gesetzesbegründungen wird in der Rechtsprechung unterschiedlich bewertet; sie gilt jedoch als sog. "historischer Wille des Gesetzgebers" und bietet insofern Orientierung für die Gesetzesumsetzung.

Eine Beschlussempfehlung nimmt grundsätzlich nicht allein zu dem Gesetzentwurf Stellung, sondern zu allen Anträgen, die im Rahmen der Gesetzesbefassung behandelt wurden, also auch den Anträgen der Opposition. Für die Synopse sind die Begründungen zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung relevant, die entsprechend als "Ergänzende Begründung" aufgeführt werden. Die Begründungen aus der Beschlussempfehlung sind ebenfalls grau hinterlegt. Dadurch sind sie deutlich von den nachfolgenden Abgleichen zur Genese des Gesetzestextes und den Erläuterungen durch die Autoren dieses Handbuchs zu unterscheiden.

Es folgt ein Abschnitt, der mit "Herkunft" überschrieben ist und die jeweiligen Änderungen nachverfolgt. Basis der Darstellung liefern der Gesetzentwurf von 2005³, der Gesetzentwurf von 2013⁴, der Referentenentwurf von 2014⁵, der Gesetzentwurf von 2015 (Kabinettsbeschluss) und die Beschlussempfehlung von 2015.

Die Entwicklung des Gesetzes in der 18. Wahlperiode mit dem Referentenentwurf, dem Gesetzentwurf und der Beschlussempfehlung zeigt, welche Gesetzesänderungen erst im Prozess des Gesetzes durch Verbände (Änderungen zwischen Referentenentwurf und Gesetzentwurf) oder auch den Bundesrat (Änderungen in der Beschlussempfehlung) initiiert wurden. Änderungen, die auf Einwirken des Bundesrats stattgefunden haben, sind in diesem Abschnitt gesondert benannt. Unter Herkunft wird zusätzlich angegeben, wenn ein Abschnitt nicht unter Artikel 1 des Präventionsgesetzes geändert oder eingebracht wurde. Artikel 2 und 7 traten erst zum 1. Januar 2016 in Kraft, während alle anderen Artikel am Tag nach der Verkündigung zum 25. Juli 2015 in Kraft traten.

² Bundestag-Drucksache 18/5261 (2015)

³ Bundestag-Drucksache 15/4833 (2005)

⁴ Bundestag-Drucksache 17/13080 (2013)

⁵ BMG (2014)

Als letzter Abschnitt folgt jeweils eine Erläuterung. Die Erläuterung beinhaltet die Ergebnisse dessen, was weiter oben als "rechtswissenschaftlicher Kontext" und "gesundheitswissenschaftlicher Kontext" dargelegt wurde. In den Erläuterungen werden zentrale Inhalte und mögliche Ableitungen des jeweiligen Gesetzesabschnittes dargestellt.

Teil 3 – Änderungen weiterer Gesetze

In Teil 3 wird Darstellung und Analyse für Gesetzesänderungen außerhalb des SGB V fortgesetzt. Eine Ausnahme bildet § 17a SGB XI zur Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Hier wird auf eine Erläuterung verzichtet, weil es ein grundsätzlich eigenständiges Thema jenseits von Gesundheitsförderung und Prävention eröffnet, das andere Fachpublikationen erschließen werden.

Gendergerechte Schreibweise

In der Publikation wird regelmäßig die weibliche und männliche Form verwendet. Ausnahmen werden bei funktionalen Bezeichnungen vorgenommen (z. B. Akteure, Leistungsträger, Arbeitgeber), hier wird nur die männliche Grundform verwendet.

Prozesse seit der Verabschiedung des Präventionsgesetzes

Nach der Verabschiedung des Gesetzes und dem Inkrafttreten wurde seitens der Akteure mit der Umsetzung begonnen. So gibt es bereits Fristen, die verstrichen sind, wie die – fast termingerecht eingelöste – Verabschiedung der Bundesrahmenempfehlungen und erster Landesrahmenvereinbarungen, die Vereinbarung zur Beauftragung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung durch den GKV-Spitzenverband und die Richtlinienänderungen des Gemeinsamen Bundesausschusses zur ärztlichen Präventionsempfehlungen. Diese sind soweit möglich bereits eingeflossen und soweit sinnvoll im Anhang (Teil 4) dokumentiert.

Danksagung

Für die Mitwirkung an dem Handbuch bedanken sich die Autoren für vielfältige Unterstützung, insbesondere bei Melanie Lubke für das umsichtige Lektorat und Layout und bei Susanne Borkowski und Rita König für die engagierte Projektbegleitung.

Für die inhaltliche Auseinandersetzung und zahlreiche interessante Anregungen, die in dieses Handbuch eingeflossen sind, danken die Autoren insbesondere Britta Bacchetta, Pia Block, Dr. Andreas Böhm, Susanne Borkowski, Stefan Bräunling, Dr. Siiri Doka, Nancy Ehlert, Dr. Karl-Josef Eßer, Prof. Dr. Ingo Heberlein, Monika Hommes-Rüdiger, Ulrike von Haldenwang, Dr. Jutta Hundertmark-Mayser, Thomas Isenberg, Holger Kilian, Dr. Joseph Kuhn, Maria Klein-Schmeinck, Prof. Dr. Thomas Kliche, Helga Kühn-Mengel, Dr. Wilfried Kunstmann, Dr. Frank Lehmann, Niels Loechel, Prof. Dr. Eva Luber, Andrea Möllmann-Bardak, Prof. Dr. Peter Paulus, Stefan Pospiech, Dr. Uwe Prümel-Philippsen, Prof. Dr. Eike Quilling, Dr. Antje Richter-Kornweitz, Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Rainer Sbrzesny, Dr. Elena Sterdt, Prof. Dr. Petra Strehmel, Prof. Dr. Ute Thyen, Prof. Dr. Ulla Walter und Silke Wollgarten.

Teil 1:

Überblick und Einordnungen zum Präventionsgesetz

1 Entstehungsgeschichte

Der Weg zu einem Präventionsgesetz in Deutschland war lang. Die Entwicklung wird hier nachverfolgt, weil sich dadurch viele Neuregelungen besser verstehen lassen. Das nun in Kraft getretene Präventionsgesetz greift auf Gesetzentwürfe, Eckpunktepapiere und Referentenentwürfe vorheriger Bundesregierungen zurück. Vor diesem Hintergrund kann die Geschichte des Gesetzes auch als ein gesundheitspolitisches Lehrstück verstanden werden. Zum einen zeigt es, wie widerstrebende politische Kräfte das Gesetzgebungsverfahren beeinflusst haben. Interessant ist dabei insbesondere, wie es trotz Widersprüchen gelingt, Kompromisse zu finden und ein Präventionsgesetz zu verabschieden.

Zu Beginn folgt ein historischer Abriss über die Entwicklung hin zum Präventionsgesetz. Dabei haben internationale Prozesse maßgeblichen Einfluss auf diese Bemühungen genommen. Die Gründung der Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization – WHO) kann als ein sinnvoller Ausgangspunkt betrachtet werden.

1.1 Internationale Prozesse

Die Gründung der WHO 1948 kann als Wendepunkt von einem überholten Präventionsbegriff der Sozialhygiene ("Old Public Health") hin zur modernen Prävention und Gesundheitsförderung ("New Public Health") verstanden werden.⁶ Die WHO gründete sich mit idealistischen Ansätzen und einer weitgehenden Gesundheitsdefinition: "a state of complete physical, mental and social well-being and not merely the absence of disease or infirmity."⁷ Schon damals hatte die WHO zur Erreichung jener Gesundheit zahlreiche Maßnahmen zur Prävention und Gesundheitsförderung (protection and promotion) verabschiedet und die Mitgliedsstaaten zur Umsetzung aufgefordert. Die in der WHO-Definition dargestellte eigene Dimension von Gesundheit erfuhr u. a. durch Aaron Antonovksy⁸ mit dem Prinzip der Salutogenese und mit dem Resilienzbegriff⁹ eine nachhaltige Ausgestaltung und Verfestigung.

⁶ Geene (2000a, S. 93ff.)

⁷ WHO (1946, S. 1)

⁸ Antonovsky (1979)

⁹ Werner et al. (1971)

Hinzu kamen bessere Lebensbedingungen und Hygiene in der westlichen Welt und der Wandel von akuten Krankheiten hin zu chronisch-degenerativen Erkrankungen. Vor diesem Hintergrund und den Erkenntnissen, wie jene aus dem Black-Report¹⁰, die den Zusammenhang von sozialen Determinanten und Gesundheit deutlich machen, verabschiedete die WHO 1986 in Ottawa eine Magna Charta zur Gesundheitsförderung.¹¹

Die Ottawa-Charta definiert fünf Handlungsfelder:

- eine gesundheitsfördernde Gesamtpolitik entwickeln;
- persönliche Kompetenzen fördern;
- gesundheitsfördernde Lebenswelten aufbauen;
- gesundheitsbezogene Gemeinschaftsaktionen unterstützen und
- Gesundheitsdienste neu organisieren.

Zudem benennt sie drei Kern- bzw. Handlungsstrategien, die alle auf die Partizipation der Betroffenen ausgerichtet sind:¹²

- Advocating,
- Enabling und
- Mediating.

Die Verringerung sozial bedingter gesundheitlicher Ungleichheit ist in der Charta eine zentrale Forderung an alle Maßnahmen der gesundheitlichen und sozialen Versorgung. Dabei erwies sich die Ottawa-Charta als gültige und wissenschaftlich haltbare Zusammenfassung des international verfügbaren Wissens aus Sozialepidemiologie, Belastungsforschung und Interventionsprojekten. Damit war bereits 1986 die Grundlage "für Visionen, die sich gesundheitswissenschaftlich für die verschiedenen Interventionsbereiche und Zielgruppen gut und immer besser konkretisieren lassen" gegeben. Formalen Bekenntnissen der Bundesregierungen zur Charta folgten aber lange kaum entsprechende politische Maßnahmen.

¹² Rosenbrock & Hartung (2012)

¹⁰ Townsend & Davidson (1982)

¹¹ WHO (1986a)

¹³ Ruckstuhl (2011)

¹⁴ Rosenbrock (1998, S. 9)

1.2 Deutschland bis 1998:

Erste Annäherungen an Gesundheitsförderung und Prävention

Regierungen und Gesellschaft in der damaligen Bundesrepublik konnten diese Ansätze von nicht-medizinischer Prävention und Gesundheitsförderung zunächst kaum aufgreifen. Es dominierte vielmehr in der Zeit des Wirtschaftswunders die Vorstellung des "Wohlstands für alle". Der Bevölkerung ging es überwiegend gut, die Überwindung von Armut durch Wachstum schien in naher Zukunft erreichbar und die gesetzliche Krankenversicherung finanzierte vergleichsweise großzügig die Leistungen der Versicherten. Nach Ausweitung von Leistungsmengen und Versichertenkreisen zu Beginn der sozialliberalen Ära Anfang der 1970er Jahre kam es in den Folgejahren nach Ölkrise und einem Abflachen des Wirtschaftswachstums zu ersten Kostendämpfungsmaßnahmen und in den späten 1970er und 1980er Jahren zu Überlegungen, das Gesundheitssystem umfassend zu reformieren.

Nicht zufällig wurde 1988 bei der Überführung der Reichsversicherungsordnung in das neue Fünfte Buch Sozialgesetzbuch (SGB V) durch Artikel 1 das Gesetz zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Gesundheits-Reformgesetz – GRG) mit § 1 die Solidarität und Eigenverantwortung und mit § 20 Gesundheitsförderung und Krankheitsverhütung eingeführt. Das Gesundheits-Reformgesetz hat im Bemühen um stabile Beiträge Leistungen gekürzt und den Wettbewerb zwischen den Kassen verstärkt. Dabei kann der Verweis auf Eigenverantwortung im Kontext zusätzlicher Kostenbeteiligungen begriffen werden. Die Implementierung von Gesundheitsförderung sollte einerseits den modernen Anspruch an das Gesetz ausdrücken, andererseits aber auch Kosten senken helfen und den Wettbewerb ankurbeln. 16 So wurde Gesundheitsförderung nicht als Pflicht-, sondern als Satzungsleistung in das SGB V aufgenommen. Im Vorfeld und im Zuge einer eingesetzten Enquetekommission war einer der zentralen Diskussionspunkte, inwieweit die gesetzlichen Krankenkassen als Kassen für Kranke für Gesundheitsförderung zuständig seien und nicht eher der Staat.¹⁷ Mit einem weiteren Reformgesetz, dem Gesetz zur Entlastung der Beiträge in der gesetzlichen Kranken-

¹⁵ Erhard (1957)

¹⁶ Reiners (1993)

¹⁷ Bundestag-Drucksache 11/3267 (1988)

versicherung (Beitragsentlastungsgesetz 1996 – BeitrEntlG), wurde die Gesundheitsförderung – mit Ausnahme der betrieblichen Gesundheitsförderung – 1997 wieder aus dem SGB V entfernt. In der Gesetzesbegründung werden dafür die steigenden Ausgaben der Krankenkassen für Gesundheitsförderung von 0,6 auf 1,3 Mrd. DM¹⁸ von 1993 bis 1996 benannt. Diese wurden als Marketingmaßnahmen der Krankenkassen kritisiert, deren Nutzen unklar sei. Im Zuge dessen wurde auch diskutiert, die Leistungen für Gesundheitsförderung als freiwillige Satzungsleistungen aus der gemeinsamen Finanzierung durch Arbeitgeber und Beschäftigte auszulagern.

1.3 Die 14. Wahlperiode: Anpassung des § 20 und Einführung des "Leitfadens Prävention"

In der 14. Legislaturperiode (1998-2002) wurde der § 20 des SGB V erneut angepasst. In dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung ab dem Jahr 2000 (GKV-Gesundheitsreform 2000) lautete die Überschrift noch "Gesundheitsförderung, Prävention, Selbsthilfe". Die Gesundheitsförderung findet sich in dem Gesetzentwurf jedoch nur als Information über Angebote zur allgemeinen Gesundheitsförderung. Die darauffolgenden Leistungen zur Prävention waren nur als Kann-Leistungen in den Satzungen der Krankenkassen ausgestaltet. Die Spitzenverbände der Krankenkassen waren aufgefordert, Verfahren zur Prüfung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Leistungen zu entwickeln. Insbesondere Bedarf, Zielgruppe, Inhalt, Methodik und Qualitätssicherung sollten berücksichtigt werden. Auf dieser Grundlage sollte ein Katalog von Leistungen erstellt werden. Zur Umsetzung dieser gesetzlichen Anforderungen entwickelten die gesetzlichen Krankenkassen mit Unterstützung externen Sachverstands im Rahmen einer sog. "Beratenden Kommission" einen

¹⁸ Mangels präziser Datenlage wurde die Höhe der in der Gesetzesbegründung genannten Ausgaben von der Opposition in Zweifel gezogen. Im Vergleich: Die Ausgaben für Primärprävention beliefen sich in 2014 auf insgesamt 292.543.505 Euro (GKV & MDS, 2015) und werden auch 2016 nach Finanzwirksamkeit des PrävG nicht derartig hoch ausfallen.

¹⁹ Bundestag-Drucksache 13/4615 (1996)

²⁰ Bundestag-Drucksache 14/1245 (1999)

"Leitfaden Prävention", der regelmäßig – zuletzt im Dezember 2014 – fortgeschrieben wird.²¹

Im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens erfuhr § 20 einige Änderungen. Die Überschrift lautete in der Beschlussempfehlung²² nun: "Prävention und Selbsthilfe", der Begriff "primäre Prävention" wurde eingebracht und die Gesundheitsförderung wurde begrifflich auf betriebliche Gesundheitsförderung eingegrenzt. In der Begründung der Beschlussempfehlung wurde als Grund des Wegfalls der allgemeinen Gesundheitsförderung auf die Unschärfe bei der Abgrenzung zwischen allgemeiner Gesundheitsförderung und primärer Prävention hingewiesen. Während im Gesetzentwurf die Finanzierung von Angeboten der allgemeinen Gesundheitsförderung ausgeschlossen wurde, wurde nun in der Beschlussempfehlung die Primärprävention per Soll-Bestimmung zur Satzungsleistung der Krankenkassen.

Zudem wurde das Ziel der primären Prävention in § 20 grob definiert: "Leistungen zur Primärprävention sollen den allgemeinen Gesundheitszustand verbessern und insbesondere einen Beitrag zur Verminderung sozial bedingter Ungleichheit von Gesundheitschancen erbringen."²³ Die Krankenkassen sollten so laut Begründung "im Rahmen ihrer Zuständigkeit einen Beitrag zu mehr Chancengleichheit bei der Gesundheit leisten."²⁴ Damit findet die sozial bedingte Ungleichheit von Gesundheit bzw. der Soziallagenbezug zum ersten Mal expliziten Niederschlag im SGB V.

1.4 Die 15. Wahlperiode:

Erster Aufschlag für ein Präventionsgesetz

Waren die Ziele im Koalitionsvertrag 1998 zu Gesundheitsförderung und Prävention noch unbestimmt ("Gesundheitsförderung, Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation erhalten einen hohen Rang"²⁵), wurden die Aussagen im Koalitionsvertrag 2002 konkreter. So sollte ein Präventionsgesetz formuliert und Prävention zu einer eigenständigen Säule neben Kuration, Rehabilitation und Pflege entwickelt werden. Das zwischenzeitlich auf Initiative des

²¹ GKV (2014)

²² Bundestag-Drucksache 14/1977 (1999)

²³ Ebd., S. 7

²⁴ Ebd., S. 160

²⁵ SPD & Grüne (1998, S. 22)

Bundesministeriums für Gesundheit gegründete "Deutsche Forum für Prävention und Gesundheitsförderung" sollte sukzessive ausgebaut werden und die Prävention durch einheitliche Entscheidungen, Kampagnenentwicklung und -umsetzung durchschlagkräftig machen.²⁶ In die 15. Legislaturperiode (2002-2005) hinein wirkten die Sachverständigenratsgutachten von 2001 und 2003. Im ersten Gutachten²⁷ wurde auf die Bedeutung und die Herstellung von Gesundheitszielen und die Optimierung des Gesundheitssystems durch Gesundheitsförderung und Prävention eingegangen. Zentrale Empfehlungen waren die Formulierung von Gesundheitszielen unter intensiver Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger. Es sollten gleichermaßen Gesundheitsressourcen erhöht und Krankheitsgefahren gemindert werden. Zudem war eine konsequente Zielgruppenorientierung bei der Prävention gefordert, die den von der WHO formulierten Settingansatz einschließt. Dem Ziel der Verminderung sozialer Ungleichheiten in der Gesundheit sollte mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Das Gutachten von 2003²⁸ befasste sich mit der Qualität von Gesundheitsförderung und Präventionsmaßnahmen, insbesondere im Bereich Kinder/Jugend bzw. im Setting Schule. Der Rat empfahl eine Qualitätsroutine, die sich am Public Health Action Cycle orientiert und die bewährten Qualitätsdimensionen Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität aufgreift. Weiterhin wurde die deutliche Ausweitung von Gesundheitsförderung und Prävention im Setting Schule bei Berücksichtigung sozialer Determinanten gefordert und die Einbeziehung der Pflege in Gesundheitsförderung und Prävention.

In der Beschlussempfehlung des Gesundheitsausschusses zur Modernisierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Modernisierungsgesetz – GMG)²⁹ wurde der Bundestag im Herbst 2003 aufgefordert, innerhalb eines Jahres ein Präventionsgesetz vorzulegen. Ein erstes Eckpunktepapier stieß jedoch auf Kritik der Bundesländer. Die Differenzen konnten erst im Rahmen eines sogenannten Kamingesprächs der Landesgesundheitsminister/innen mit Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt am Rande der Gesundheitsministerkonferenz 2004 in Berlin beigelegt werden. Am

²⁶ SPD & Grüne (2002)

²⁷ Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen (2001), Bundestag-Drucksache 14/5660 (2001)

²⁸ Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen (2003), Bundestag-Drucksache 15/530 (2003)

²⁹ Bundestag-Drucksache 15/1584 (2003)

15. Februar 2005 legte die Regierungskoalition schließlich einen Antrag für ein Gesetz zur Stärkung der gesundheitlichen Prävention³⁰ vor.

Zentrale Aspekte des Gesetzentwurfs waren:

- der Vorschlag eines eigenständigen Präventionsgesetzes statt eines Artikelgesetzes,
- der Aufbau einer Stiftung "Prävention und Gesundheitsförderung", die Präventionsziele koordiniert, gesundheitliche Prävention weiterentwickelt und insbesondere zum Abbau sozial bedingter Ungleichheit von Gesundheitschancen beiträgt,
- finanzielle und inhaltliche Einbeziehung der Unfall-, Renten- und Pflegeversicherung sowie
- die Erstellung eines Präventionsprogramms unter Einbeziehung der Länder und Kommunen.

Mit dem Beschluss des Bundestages zur vorzeitigen Auflösung und Neuwahl im April 2005 veränderte sich die Ausgangslage aber grundlegend, auch die Gesundheitsminister/innen der Länder sahen sich in Anbetracht dieser neuen Situation nicht mehr an die Kompromisse des Berliner Kamingesprächs gebunden. Der Bundesrat bemängelte in seiner Stellungnahme zum am 22. April 2005 im Deutschen Bundestag verabschiedeten Gesetz v. a. die Schaffung neuer Verwaltungsstrukturen mit der Stiftung "Prävention und Gesundheitsförderung".31 Am 27. Mai 2005 rief der Bundesrat den Vermittlungsausschuss an³² und benannte als Gründe die mangelnde Berücksichtigung der Stellungnahme vom März sowie die Finanzierung der Prävention durch die Sozialkassen. Somit fiel das Gesetz durch die vorgezogenen Neuwahlen 2005 der Diskontinuität anheim.³³ Am Ende der Legislaturperiode beschäftigte sich das Folgegutachten des Sachverständigenrates intensiv mit Strategien der Primärprävention. Insbesondere zur Verringerung der sozial bedingten gesundheitlichen Ungleichheit wurde der Settingansatz nahegelegt.34

³⁰ Bundestag-Drucksache 15/4833 (2005)

³¹ Bundesrat-Drucksache 97/05 (B) (2005, S. 5)

³² Bundesrat-Drucksache 306/05 (B) (2005)

³³ Für Näheres zum Gesetz und zum Scheitern siehe u. a. Rosenbrock & Gerlinger (2014), Geene (2009, 2012).

³⁴ Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitsweisen (2005)